

### C.II.3. Standortdebatten

Ulrich Knufinke

Die Architektur jüdischer Gemeindeeinrichtungen unterliegt spezifischen Bedingungen, die sich aus ihrer Eigenschaft als „Minderheitenarchitektur“ erklären lassen. Besonders der „Standort“ der Bauwerke kann etwas über ihre Stellung, ihre Beziehungen zur Mehrheit und ihre Ansprüche und Möglichkeiten der Selbstdarstellung ausdrücken.

Die Frage der „Sichtbarkeit“ oder „Unsichtbarkeit“ spielt in der Geschichte jüdischer Bauten Europas eine große Rolle. Der Standort der Einrichtungen der Minderheit im Ortsbild und seine Beziehung zur Umgebung und zu den herausgehobenen Plätzen der Mehrheitsgesellschaft (zum Beispiel Kirchen, Rathäuser) und jenen des Austauschs zwischen Minderheit und Mehrheit (Marktplätze etc.) gibt Auskünfte über wechselseitige Beziehungen und Verortungen.

Die mittelalterlichen jüdischen Viertel des deutschen Sprachraums waren, mehr oder weniger deutlich, von den christlichen getrennt. Sie lagen recht häufig in der Nähe der Handelsplätze. Die gemeinschaftlichen Einrichtungen erhielten innerhalb dieser Ansiedlungen oft einen zentralen Standort. Die Synagogen waren außen unauffällig und in ihren Dimensionen kaum mit den Kirchen der Städte vergleichbar.

In der Neuzeit setzte sich die Tendenz zum „Verstecken“ der Synagogen fort: Verordnungen verhinderten, dass jüdische Beträume an öffentlichen Straßen errichtet wurden. So musste zum Beispiel die erste Gemeindesynagoge Berlins (Heidereutergasse, 1714) hinter einer Reihe von Vorderhäusern gebaut werden. Trotz ihrer beachtlichen Größe durfte sie diese nicht überragen und war im Straßenbild unsichtbar. Gleiches galt im deutschen Sprachraum für zahllose Synagogen des Barock (Abb. 1).



Abb. 1: Memmelsdorf in Unterfranken, Synagoge von 1729 im Ortsbild (Foto: Knufinke).

Christliche Nachbarn nahmen das „Lärmen“ der Juden beim Gottesdienst zum Anlass für Beschwerden, auf die hin Synagogenräume geschlossen wurden. Nicht nur antijüdische Ausschreitungen, sondern auch Ansiedlungsbeschränkungen sowie Restriktionen im Grund- und Hauserwerb machten es vielen Gemeinden schwer, Synagogenbauwerke zu errichten. Sie behelfen sich mit Betsälen in privaten Häusern und Wohnungen.

Dringlicher als der Bau dauerhafter Synagogen war und ist für jüdische Gemeinschaften der Erwerb eines Begräbnisplatzes, auf dem die ewige Totenruhe gesichert werden kann. Anders als bei den Christen, die im Mittelalter und in der Neuzeit die Beisetzung in den Kirchen oder ihrer unmittelbaren Umgebung bevorzugten, sollen jüdische Begräbnisplätze außerhalb der Siedlungen liegen. Obwohl meist von Mauern umgeben und manchmal mit Häusern für die rituelle Leichenwaschung versehen, traten die jüdischen Friedhöfe der Neuzeit bis ins 19. Jahrhundert in der Landschaft nicht in Erscheinung.

Nach allgemein sichtbaren Standorten für jüdische Bauten zu streben war bis ins 19. Jahrhundert kaum möglich – und für die jüdischen Gemeinschaften offenbar auch nicht von großer Bedeutung, jedenfalls werden entsprechende Versuche nur selten unternommen. Dennoch gibt es einige herausragende Beispiele „sichtbarer“ Synagogen (Amsterdam „Esnoga“ 1675, Ansbach 1746).

Die Phase der Aufklärung sollte in der Frage der Sichtbarkeit im Stadt- und Landschaftsbild grundlegende Veränderungen einleiten. Die „bürgerliche Verbesserung“ der Juden (Dohm, 1781) wurde von manchen aufgeklärten Herrschern dahingehend eingefordert (und eingelöst), dass sie jüdischen Einrichtungen einen öffentlichen Platz zuteilten. Die Synagoge (1789) und das Taharahaus auf dem Friedhof in Wörlitz (um 1790) sind frühe Beispiele: Man kann sie so interpretieren, dass Jüdisches sichtbar werden durfte, ja sollte – jedoch in Formen, die zumindest nach außen nichts mit den Bauten der traditionellen, noch nicht „verbesserten“ jüdischen Kultur zu tun haben sollten.

Die jüdische Aufklärung entfaltete im Deutschland des beginnenden 19. Jahrhunderts dieses politische und soziale Programm zur „Emanzipation“ und „Verbürgerlichung“ der Juden. Dem Anspruch auf Teilhabe an der bürgerlichen Gesellschaft entsprach der Wunsch nach „sichtbaren“ jüdischen Einrichtungen. Dies stieß nicht selten auf Vorbehalte der Mehrheitsgesellschaft. So waren die Synagogen in Kassel (1839), Budapest (Abb. 2), Berlin (Oranienburger Straße, 1866) oder Hannover (1870) bedeutende Stationen auf dem Weg zur Sichtbarkeit jüdischen Lebens. Jedoch wurden Synagogen im Wachstum der Städte seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur selten als Kristallisationspunkte städtebaulicher Entwicklungen konzipiert, diese Rolle kam fast ausschließlich den christlichen Kirchen zu.

Während das Nebeneinander von Synagogen und Kirchen problematisch blieb, vollzog sich hinsichtlich der Begräbnisplätze ein Wandel: Jüdische und christliche Friedhöfe wurden im 19. Jahrhundert oft in unmittelbarer Nachbarschaft und nach einheitlichem architektonischen Konzept angelegt (Frankfurt am Main 1828, Prag 1890, Budapest 1891).



Abb. 2: Synagoge in der Dohány-Straße, Budapest von Ludwig von Förster, 1859 (Foto: Knufinke).

Dass jüdische Einrichtungen im Stadt- und Landschaftsbild Präsenz gewonnen hatten, nahmen antisemitische Kreise seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zum Anlass für propagandistische Anschuldigungen. Die Zerstörung jüdischer Bauwerke in der Zeit des Nationalsozialismus zielte dann auch darauf, Jüdisches im Bild der Städte „unsichtbar“ zu machen und so die Vernichtung der jüdischen Menschen vorzubereiten.

Nach dem Ende der Shoah war es zweifelhaft, ob sich wieder jüdisches Leben in Deutschland entwickeln könnte. Die ersten neu geschaffenen Einrichtungen hatten provisorischen Charakter. Nur selten gelang es den auf wenige Mitglieder dezimierten jüdischen Gemeinden, die großen Synagogen der Jahrhundertwende wieder für ihre Zwecke einzurichten und damit die frühere Position im Stadtbild zu behaupten (Frankfurt am Main, Köln). Die Größe und Lage der neuen Synagogen der 50er und 60er Jahre entsprach kaum der politischen Bedeutung, die man diesen bescheidenen, oft abseits gelegenen Einrichtungen als „Signale der Wiedergutmachung“ oder gar der „Aussöhnung“ beimaß.

Erst als seit 1990 jüdische Zuwanderer aus den Staaten Osteuropas die Gemeinden wieder wachsen lassen, kommt es zu Neubauten, die eine neue Sichtbarkeit im Stadtbild einfordern (Dresden 2001, München 2006, Bochum 2008, Mainz 2010). Die „Rückkehr“ in die Zentren der Städte will von einem neuen Selbstbewusstsein und neuer Präsenz des Judentums zeugen, was Charlotte Knobloch, seinerzeit Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, bei der Einweihung der Münchener Synagoge 2006 so zusammenfasste: „Wer ein Haus baut, bleibt.“



Abb. 3: München, Synagoge am Jakobsplatz von Wandel, Hofer und Lorch, 2006 (Foto: Knufinke).

### Weiterführende Literatur:

HAMMER-SCHENK, HAROLD: Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780-1933), Hamburg 1981.

KNUFINKE, ULRICH: Bauwerke jüdischer Friedhöfe in Deutschland, Petersberg 2008.

KRINSKY, CAROL HERSELLE: Europas Synagogen. Architektur, Geschichte und Bedeutung, Wiesbaden 1997.

PAULUS, SIMON: Die Architektur der Synagoge im Mittelalter. Überlieferung und Bestand, Petersberg 2007.